

Martin Reichardt: Von Quotenfrauen und Ganovenehre

Am Donnerstag sprach der familienpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Martin Reichardt, zur Finanzierung der Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern. Zu Beginn seiner Rede sprach er den zig Tausenden Eltern, die am 18. November 2020 in Berlin und in ganz Deutschland ein „Zeichen für die Zukunft unserer Kinder in Freiheit und Demokratie gesetzt haben“, seinen Dank aus. Er betonte, dass die AfD die einzige Partei sei, die sich für die Wahlfreiheit der Eltern zwischen staatlicher und häuslicher Betreuung einsetze.

Reichardt kritisierte, dass die deutsche Familienpolitik sich lange nicht mehr an den Bedürfnissen von Familien und Kindern orientiere und der vorliegende Entwurf unterstütze sie dabei auch nicht.

Einseitig preise der vorliegende Gesetzesentwurf die Ganztagsbetreuung als einen Beitrag zur Gleichberechtigung an. Die Familienpolitik sei seiner Ansicht nach ein „Tummelplatz für Quotenfrauen, die ideologische Projekte wie Gleichstellung und Vielfalt“ vorantreiben. Die Gleichberechtigung werde den Eltern aufgezwungen, die mit prekären Löhnen in Vollzeit arbeiten müssten.

Hinzu komme die mangelnde Anzahl von Erziehern, die durch eine nun eingeschlafene und „mickrige“ Fachkräfteoffensive nicht gewonnen werden konnten, um diesen Gesetzesentwurf umsetzen zu können. All das interessiere die „Quotenministerin“ nicht.

Die wahren Prioritäten ihres Ministeriums werden auf deren Homepage umso mehr als deutlich: Frauen in Führungspositionen, Corona und die Gleichstellung der Geschlechter, die Stärkung der Rechte von zig gefühlten Geschlechtern. Das Kindeswohl hingegen werde in der „Corona-Hysterie mit Füßen getreten“.

Zu den geforderten Kontaktbeschränkungen von Kindern, „eiskalte Klassenzimmer und Isolation“, fehlende Studien zur Feststellung, dass Kinder keine Infektionstreiber seien, zu all dem fallen Giffey keine Worte ein. Stattdessen wurstle sie „in den Trümmern ihrer wissenschaftlichen Reputation herum.“ Für Familien und Kinder sei Giffey eine politische Katastrophe. Selbst um eine solide Finanzierung ihres Gesetzesentwurfes habe sie sich nicht gekümmert.

Indes kümmern sich Eltern von Grundschulern um Entschuldigungsaufsätze, weil ihre Kinder die Maske falsch aufgesetzt haben. Deutschland hingegen warte auf die Entschuldigung für den „schamlosen Doktorarbeitsbetrug“ Giffey. Derweil werden Entschuldigungen nur von „alten weißen Männern oder Kindern“ gefordert, während die Sozialdemokratin weder Scham noch Reue empfinde.

Reichardt kritisierte, dass dieses Verhalten Giffey seitens der SPD in ihrer „vorhandenen Ganovenehre“ offenbar sogar bestärkt werde. Wenn ein Kind offensichtlich betrügt, dann verlange man von den Eltern Erziehungsmaßnahmen, wie er der SPD entgegen hielt.

Moralisch könne man, so Reichardt, von der SPD nichts mehr verlangen. Er betonte, dass in dieser Situation es auch wieder an der AfD im Bundestag läge, die Aufgabe als Opposition zu übernehmen.

Zum Ende seiner Rede stellte Reichardt fest, dass es in Krisenzeiten einer Ministerin bedürfe, die ein integriertes Vorbild für die Menschen und die Kinder sei. Der jetzigen Ministerin beschied er ihre Nichteignung und forderte sie erneut zum Rücktritt auf.